

Berliner Tageblatt



Nr. 418

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Stund- und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Der Nachtschnellzug Berlin—Hamm verunglückt.

Zusammenstoß des Berliner Zuges mit dem D-Zug Dresden—Hamm—Bentheim bei Hannover.

Bisher 18 Tote, 15 Verwundete.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hannover, 6. September.
Heute morgen um 4 Uhr fuhr zwischen Wunstorf und Seelze der D-Zug Nr. 10, der, von Berlin kommend, Hannover in der Richtung Hamm—Westfalen um 3 Uhr 39 Minuten verlassen hatte, auf den ebenfalls in voller Fahrt befindlichen D-Zug Nr. 138 auf, der, von Dresden kommend, Hannover in der Richtung Bentheim (Holland) zehn Minuten früher verlassen hatte. Zwei Wagen sind vollständig zertrümmert. Bis 10 Uhr vormittags betrug, dem „Hann. Kur.“ zufolge, die Zahl der Toten bereits achtzehn und die Zahl der Verwundeten fünfzehn.

Die amtliche Meldung der Eisenbahndirektion Hannover lautet: Heute morgen um vier Uhr fuhr bei Bock Lohnde (zwischen Wunstorf und Seelze) der D-Zug Nr. 10, der, von Berlin kommend, Hannover in Richtung Hamm 3 Uhr 39 Minuten verläßt, auf den ebenfalls in voller Fahrt befindlichen D-Zug Nr. 138 auf, der, von Dresden kommend, Hannover zehn Minuten früher in Richtung Hamm—Bentheim (Holland) verlassen hatte. Zwei Wagen sind völlig zerstört. Ein Personen- und ein Gütergüter sind gesperrt. Bisher jeht zehn Tote und fünfzehn Verwundete geborgen. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Es sind kaum sechs Wochen verstrichen, seit das folgenschwere Eisenbahnunglück bei Kreienfeld am 31. Juli sich ereignet hat, und schon wieder hat sich ein schweres Eisenbahnunglück, diesmal in der Nähe von Hannover, zugezogen. Bei Kreienfeld erlitten damals 47 Personen den Tod, während eine große Anzahl Verletzte noch heute an den Folgen der Katastrophe zu leiden hat. Das Unglück geschah, wie erinnerlich, in den frühen Morgenstunden durch Überfahren eines Haltsignals. Heute morgen um 4 Uhr hat sich nun bei der Station Wunstorf, die etwa 25 Kilometer von

Hannover entfernt gelegen ist, eine ähnliche, in ihren Umständen allerdings nicht so große Katastrophe ereignet. Der D-Zug 10, der gestern abend um 10 Uhr sehrplanmäßig Berlin verlassen hat und in der Richtung Hannover—Hamm fuhr, stieß, wie aus den Telegrammen hervorgeht, bei der genannten Station mit dem D-Zug 138, der von Dresden über Hannover nach Holland fährt, zusammen. Das Unglück, dessen Tragweite sich bis zur Stunde noch nicht genau übersehen läßt, soll auf eine falsche Signalstellung zurückzuführen sein. Wie bisher zu ermitteln war, hat der Berliner Zug den Dresdener Zug gerammt. Die Oberzugleitung der Eisenbahndirektion Berlin hat nach vorläufigen Meldungen 18 Tote und 5 Schwerverletzte zu verzeichnen. Es läßt sich natürlich bei dem großen Wirren, das zurzeit an der Unglücksstätte herrscht, noch nicht genau feststellen, ob unter den Trümmern weitere Tote oder Verletzte liegen.

- ### Die Namen der Toten.
- Bis heute mittag 1 Uhr wurden, wie wir von amtlicher Stelle in Berlin erfahren, 18 Tote, 5 Schwerverletzte und 8 Leichtverletzte gezählt. Bisher sind die Namen folgender elf Getöteten festgestellt worden:
1. Kaufmann Hans Bruch, Berlin, Bernburger Straße 32.
 2. Kaufmann S. Braun, Frankfurt a. M.
 3. Kaufmann Kupfermann, Magdeburg.
 4. Rutscher Franz Stanea, Wien.
 5. Kaufmann Emil Bolle, Berlin, Tiergartenstraße 29.
 6. Jallaßkott Fritz Rudolph, Reppen.
 7. J. G. P. van Acumpe, Leiden (Holland).
 8. Oberkanonier F. Liese, Münster.
 9. Bergarbeiter Fritz Schumann, Zwidau.
 10. A. Koebel, Aachen (Holland).
 11. Kaufmann Hugo Schlen, Berlin.
- Die Namen der übrigen Toten sind noch nicht festgestellt. Die Toten wurden auf dem Bahnhöfen Friedhof in Hannover beigesetzt. Die Verletzten sind in das dortige städtische Krankenhaus transportiert worden.

Das kommende wertbeständige Geld.

Von
Dr. Felix Pinner.

Mit der unheimlich fortschreitenden Markentwertung wächst auch in geradezu verhängnisvoller Weise die Gefahr der Annahmeverweigerung der Mark durch die Besitzer und Erzeuger von Sachwerten. Diese sogenannte Repudiation der Papiermark, die wir bereits einmal, nämlich in jener Zeit, als das Verbot der effektiven Devisenzahlung im Inlandsverkehr von der Regierung vorübergehend gelodert wurde, in offener Form auf einzelnen Gebieten des Wirtschaftslebens zu verzeichnen hatten, wird jetzt wieder an gewissen Stellen der Wirtschaft, und zwar in verschleiierter Form, geübt. Sie kleidet sich in die Form der Warenzurückhaltung, sie kleidet sich ferner in die Form des sogenannten Entwertungsaustrittes. Während früher die Inlandspreise bei den meisten Erzeugnissen hinter der Parität der Dollarkurse mehr oder weniger stark zurückblieben, eilen sie jetzt vielfach den Devisenkursen um ein Stück voraus. Durch diesen Entwertungsaustritt wollen die Verkäufer das Risiko ausschließen, das für sie zwischen dem Zeitpunkt, in dem sie die alte Ware bezahlt erhalten, und dem Zeitpunkt, in dem sie sich mit der neuen Erzeugnisse und dem wenigstens den zu ihrer Anjähmung erforderlichen Devisen eindecken können. Durch solche Seidung muß natürlich die Entwertung der Mark außerordentlich beschleunigt werden. Verschleimt wird sie neuerdings ausnehmend auch durch die angelegte Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels, mittels der natürlich bei den Warenbesitzern aus physiologischen Gründen den Anreiz, vorhandene Ware noch jetzt gegen Papiermark fortzugeben, verringert und umgekehrt einen Anreiz ausübt, zunächst einmal abzuwarten, ob und wann der Absatz gegen das neue wertbeständige Zahlungsmittel möglich sein wird. Diese Zurückführung der Papiermark in einem Zeitpunkte, in dem ein neues wertbeständiges Zahlungsmittel noch nicht vorhanden ist, muß natürlich die Zirkulation im Güterverkehr in gefährlichster Weise lähmen. Um so dringender wird die Notwendigkeit, die leider zu spät eingeleiteten und darum unzulänglich vorbereiteten Projekte zur Schaffung von wertbeständigen Zahlungsmitteln mit äußerster Beschleunigung zur Durchführung zu bringen.

Wie wir schon gestern im Einzelnen unserer Zeitung ausgeführt haben, sind die Beratungen über die Einführung dieser wertbeständigen Zahlungsmittel bereits im Fluß. Es ist auch bereits eine ganze Reihe von Projekten aufgetaucht, für die mit den verschiedensten Gründen und aus den verschiedensten Interessen heraus geworben und gekämpft wird. Einheitlichkeit der Auffassungen ist allerdings leider bisher nur über die Frage erreicht, daß sofort auf dem Währungsgebiete etwas geschehen muß, während über das wie die Ansichten noch ziemlich weit auseinandergehen. Das Beste und Wirksamste, was gemacht werden könnte, wäre natürlich der vollständige Übergang zur reinen Goldwährung, bei dem die Papiermark als Zahlungsmittel durch Konvertierung in Goldnoten (wenn auch zu einem sehr niedrigen Kurse) restlos beiseite werden müßte. Das Wagnis eines solchen entscheidenden Schrittes scheinen aber nur wenige Währungspolitiker eingehen zu wollen. Mit einer reinen Goldwährung würde man nur in zwei Fällen operieren können, nämlich erstens, wenn man den Umlauf an Goldnoten auf den Umfang der vorhandenen Zahlungsmittel an Gold und vorhandenen oder erfahrbaren Devisen beschränkte, was aber kaum möglich wäre, da bei einem solchen Verfahren dem Verkehr nicht jenseitige Kaufkraftmittel, als er nach Einführung einer reinen Goldwährung brauchte, zur Verfügung gestellt werden könnten. Augenblicklich stellt sich der gesamte Zahlungsmittelumlauf in Papiermark auf seinen Goldwert umgerechnet allerdings nur auf wenige hundert Millionen gegenüber einem Friedensumlauf von 6 Milliarden Geld. Der jetzige niedrige Umlauf erklärt sich aber einerseits aus der außerordentlich geringen Kaufkraft der Papiermark, andererseits aus dem Entwertungsaustritt der Papiermark und zweitens aus der Tatsache, daß ein Teil der Zahlungs- und Sparbildungsfunktionen, die früher dem währungslosen Geld zugefallen waren, jetzt durch Devisen, Ankaufpapiere, ja sogar Waren übernommen worden sind. Die zweite Möglichkeit, eine reine Goldwährung einzuführen, würde darin bestehen, zunächst nur einen Teil der für den Umlauf notwendigen Goldnoten durch Gold oder Devisen zu decken und — ähnlich, wie dies vor dem Kriege der Fall war — einen weiteren Teil der Notenemission auf Goldwechsel, Goldombards usw. zu baken, wobei dann die Möglichkeit gegeben wäre, daß weitere Devisen oder sonstige goldwertige Unterlagen in die Währungsbank einfließen und allmählich den auf die Verbedung entfallenden Teil der Unterlagen vergrößern. Eine solche Entwicklung würde aber nur dann eintreten, wenn die Wirtschaft zu der neuen Goldnote ein so starkes Vertrauen hätte, daß sie sich freiwillig entschloß, ihre zu inneren Kapitalerhaltungsmitteln und Kapitalbewegungsmitteln zurückgehaltenen Devisen bei der Goldnotenbank einzuliefern. Die große Frage ist es nun, ob der Verkehr zur Goldnote genügend Vertrauen lassen würde. Dieses Vertrauen könnte in erster Linie dadurch geschaffen werden, daß die Goldnotenbank sofort die Einlösbarkeit ihrer Noten in Gold oder Devisen garantierte. Eine solche Garantie ist bei einer Währung, die volles Vertrauen genießt, auch dann möglich, wenn keine volle Golddeckung, wenn z. B. wie bei der Deutschen Reichsbank vor dem Kriege, nur eine Dritteldeckung vorgelegen ist. Eine neue deutsche Goldwährung müßte sich nach all den schweren Erlebnissen des Währungsverfalls, unter denen Deutschland in den letzten Jahren gelitten hat, das Vertrauen aber erst schaffen; sie

Entscheidende Auseinandersetzungen im Völkerbund

Austrittsdrohung der kleinen Entente.

Allgemeine Opposition gegen Italien im Völkerbund.
Unklarheit über die Haltung Frankreichs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 6. September.
Die Blätter bestätigen, daß Belgien entschlossen ist, den Völkerbund zu unterstützen. Die gleiche Haltung nehmen England, die kleine Entente und die skandinavischen Staaten ein. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, habe die kleine Entente der französischen Regierung folgende Mitteilung gemacht:

1. Falls der Völkerbund keine Verpflichtung in bezug auf Korfu nicht erfüllt, würden die Staaten der kleinen Entente den Völkerbund verlassen;
2. sollte Italien mobilisieren, so würde auch die kleine Entente mobilisieren.

Auf Seiten Italiens sollen nach dem „Daily Herald“ nur Brasilien und Argentinien stehen. Zweifelsfrei ist noch die Haltung Frankreichs. Aus Genf hört man, daß die französischen und englischen Delegierten in enger Zusammenarbeit stehen sollen. Ebenso deutlich wird aber betont, daß der Quai d'Orsay nicht mit der Sprache herauskommen will. Dem, wie der „Daily Herald“ schreibt, sei sich die französische Regierung darüber klar, daß Mussolini nur ihrem eigenen Beispiel folge, wenn er Korfu als „Band“ befehle. Das gleiche Wort will wissen, daß Sanotaur sogar mit seinem Austritt aus der französischen Völkerbundsdelegation gedroht habe, falls Frankreich Italien unterstütze. Andererseits dürfte es aber auf die Haltung Frankreichs nicht ohne Einfluß bleiben, daß die Blätter immer wieder betonen und wie auch Lord Robert Cecil ausgeführt hat, der Völkerbundsvertrag einen Teil des Versailleser Vertrages bildet, so daß man den einen nicht umfassen kann, ohne zugleich auch den anderen zu gefährden. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ist sogar der Ansicht, daß die Befehle Korfu der französischen Admiralität nicht gleichgültig sein dürfe, da Italien hiermit eine Schlüsselstellung in die Hand bekomme. Die „Times“ erwarten, daß die französische Regierung heute ihre Entschlüsse bekannt geben wird. Hiervon werde sehr viel abhängen.

Besonders beunruhigt scheint man hier über die Zukunft Korfu zu sein. Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ von einem hiesigen Diplomaten erfahren hat, verdient Mussolinis Hinweis auf die ehemalige Zugehörigkeit Korfus zu Venedig große Beachtung. Wenn ein Politiker in dieser Weise von der Vergangenheit spricht, so denkt er mehr an die Zukunft. Die „Westminster Gazette“ hält es für gefährlich, daß so viele italienische Truppen in Korfu seien. Ihre Zahl wird auf 8000 geschätzt. Die Blätter besorgen sich weiter mit der Drohung Italiens, aus dem Völkerbund auszutreten und führen an, daß nach den Zusagen hierzu eine zweijährige Kündigungsfrist nötig

sei. Wie verhalte sich Mussolini hierzu? Der liberale Fisher weist in einem Briefe an die „Times“ darauf hin, daß die Völkerbundsabstimmung die Mitgliedsstaaten nur dazu verpflichten, ihre Streitigkeiten dem Völkerbund zu unterbreiten und nicht vor drei Monaten zu kriegerischen Handlungen zu schreiten. Sie seien also nicht verpflichtet, die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen. Der Völkerbund lege ihnen Mitgliedern keine Verpflichtungen auf. Er schreibe ihnen lediglich eine Pause vor. Nach den „Times“ scheint man bis jetzt noch immer zu glauben, daß die Völkerbundsabstimmung den Völkerbund einladen werde, die Mitglieder der Untersuchungskommission zu bestimmen. Mussolini könne sich schwerlich hiergegen sträuben. Hierzu erzählt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß gestern nach ein Telegramm aus sehr gut unterrichteter Quelle hier eingegangen sei, nach dem Mussolini bereit sei, eine Untersuchung des Nordfalles durch die Völkerbundsabstimmung zuzulassen. Dagegen lehne er die Zuständigkeit der Völkerbundsabstimmung in bezug auf die Befehle Korfu ebenfalls entschieden ab wie die Zuständigkeit des Völkerbundes.

Die Lage wird nach wie vor als äußerst kritisch für den Völkerbund bezeichnet. Man hofft jedoch, daß sich nach ein Ausweg finden lassen wird, wobei teilweise eine Entscheidung von den heutigen Verhandlungen in Genf erwartet wird. Die Haltung der Presse ist die gleiche wie bisher. Die Mehrzahl tritt für den Völkerbund ein, der, falls er am Leben bleiben solle, größer sein müsse, als sein größtes Mitglied („Daily Telegraph“). Dagegen hält die „Morning Post“ die Aufrechterhaltung der englisch-italienischen Freundschaft für weit wichtiger als das Fortbestehen des Völkerbundes. Der „Daily Express“ fordert den Völkerbund sogar auf, sobald als möglich „in Schönheit zu kerben“. Die aus den Vereinigten Staaten vorliegenden Meldungen bestätigen, daß das Vorgehen Italiens und vor allem die Befehle Korfu dort einen schlechten Eindruck gemacht habe. Der Völkerbund müsse jetzt beweisen, ob er überhaupt einen Nutzen habe. Der Vergleich Mussolinis mit der Befehle von Veracruz wird nach dem Washingtoner Korrespondenten der „Times“ von der öffentlichen Meinung des Landes heftig abgelehnt. Der Zwischenfall von Tampico, der zur Befehle von Veracruz geführt habe, sei von uniformierten mexikanischen Soldaten hervorgerufen worden. Man habe damals die volle Berechtigung zu der Annahme gehabt, daß sie auf Befehl der mexikanischen Regierung gehandelt hätten. Dagegen sei der italienische General Tellini von Banditen ermordet worden, deren Rationalität noch nicht einmal feststehe.

Wie Sabas mitteilt, ist man in französischen politischen Kreisen der Ansicht, daß die griechische Note an die Völkerbundsabstimmung den ersten Schritt zu einer friedlichen Lösung des griechischen Streitfalles darstelle.

(Siehe auch Seite 2.)